

Anlage 1Leitsätze des RCDS zur Hochschulreform und Studienförderung

In den letzten Monaten hat die Erörterung einer Hochschulreform neuen Antrieb erhalten. Ansatzpunkte bildeten die Diskussionen um die Bildung eines Wissenschaftsrates zur Gewährleistung einer wirksamen Förderung von Wissenschaft und Forschung und die Auseinandersetzung um die Studienförderung.

Der RCDS begrüßt dankbar, daß mit der Errichtung des Wissenschaftsrates, der Vereinbarung über den Ausbau der Ingenieurschulen und die Förderung wissenschaftlicher Einrichtungen durch den Bund sowie durch die Verwirklichung des "Honnefer Modells" einer hochschulgerechten Studienförderung zu erkennen gegeben worden ist, welche Bedeutung Bund, Länder und politische Parteien diesen Fragen beimessen.

Das Erreichte ist jedoch erst ein Anfang. Dabei geht es nicht allein um die Vermehrung materieller Hilfen. Es geht vor allem nicht darum, neue Forderungen an den Staat zu stellen. Vielmehr wünscht der RCDS, daß das Gespräch über die deutsche Hochschule in der Öffentlichkeit nicht abreißt, damit zum Nutzen des ganzen Volkes die notwendigen Folgerungen aus der veränderten gesellschaftlichen Situation gezogen werden.

Zum Verständnis der folgenden Gedanken muß gesagt werden, daß sie in erster Linie in Vorbereitung auf den Deutschen Studententag 1958 die Erörterung innerhalb des Verbandes beleben sollen.

Universität und Gesellschaft

1. Alle Auseinandersetzung um die Hochschulreform muß davon ausgehen, daß die deutsche Universität im wesentlichen unversehrt aus den geistigen, politischen und soziologischen Umwälzungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hervorgegangen ist. Weithin ist sie auch heute noch in der Lage, das ihr gesetzte Ziel, der Erkenntnis und Vermittlung der Wahrheit zu dienen, in Forschung und Lehre zu verwirklichen.
2. Diese Erkenntnis zwingt zu der Feststellung, daß Hochschulreform nicht Zerschlagung aller bestehenden Formen sondern unter Erhaltung des

Bewährten die Anpassung an die heutigen Erfordernisse beinhalten muß.

3. Die Entwicklung der technischen Wissenschaften, der ständig steigende Bedarf an akademisch gebildeten Kräften in den meisten Disziplinen und die wachsende Studentenzahl stellen die Hochschule vor Aufgaben, die ohne strukturelle Änderungen nicht gemeistert werden können.
4. Notwendige Folgerungen müssen schnell und mutig gezogen werden, wenn nicht wertvolle Begabungen vergeudet und geistige Werte aus Spiel gesetzt werden sollen. Die Auflösung der einen Bildung, der Zerfall des Wissenschaftsbegriffs, die innere und äußere Partikularisierung der geistigen Schicht wären die auf die Dauer unabsehbaren Folgen, wollte man weiterhin tatenlos zusehen.
5. Hochschulreformen sind nie Sache der Hochschullehrer allein gewesen. Die Ergebnislosigkeit der Bemühungen seit 1945 ist auch in der mangelnden Anteilnahme der Öffentlichkeit und der politischen Kräfte begründet.
6. Nur wenn die Öffentlichkeit das Anliegen der Hochschule zu dem ihrigen macht, hat sie die moralische Legitimation, die soziale und politische Verantwortung der Hochschule und ihrer Glieder fordern zu können.
7. Die Hochschule braucht eine stärkere Verbindung zu den im Beruf stehenden Akademikern. Wege dazu sind die Veranstaltung von wissenschaftlichen Ferienkursen, Tagungen Akademien und Hochschulwochen. Die Einrichtung der Hochschulbeiräte als Sprachrohr zur Öffentlichkeit wird viel zu wenig genutzt.

#### Hochschule und Staat, Gestalt der Hochschule

8. Die Hochschulen sollen Einrichtungen des Staates bleiben. Erstrebenswert ist, die Einflußnahme des Staates auf die Ausübung bloßer Aufsichtsfunktionen zu beschränken.
9. Voraussetzung für eine erhöhte Selbständigkeit der Hochschule ist die Mitwirkung aller Glieder an der Willensbildung der Hochschule. Für alle an der Universität Lehrenden, d.h. auch für die zu wenig berücksichtigten Extraordinarien und Dozenten, sowie für die gewählten Organe der Studentenschaft

sind echte Mitwirkungsrechte in der akademischen Selbstverwaltung zu schaffen.

10. Den Studentengemeinden gebührt ein fester Platz im Raum der Hochschule.
11. Die studentischen Gemeinschaften, die wertvolle und gemeinschaftsbildende und politische Arbeit leisten, werden in der Regel von der Hochschule nicht genügend anerkannt und eingeordnet.
  - a) Die Gliederung der Studentenschaft allein nach Fachrichtungen ist bei der Wahrnehmung von Selbstverwaltungsaufgaben, zumindest in den großen Fakultäten, völlig unzureichend.
  - b) Die Universität muß der politischen Bildung eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Dabei kann die Universität selbst nur Möglichkeiten zur politischen Bildung gewähren. Ziel aber muß das selbständige politische Urteil und die politische Entscheidung des einzelnen sein.
  - c) Hierbei fällt den politischen Studentengruppen die Aufgabe zu, Studenten zur politischen Entscheidung anzuregen. Die Universität wird den politischen Studentengruppen nicht gerecht, wenn sie in ihnen nur den in den Hochschulraum hinein verlängerten Arm politischer Parteien sieht und ihre Arbeit mit Mißtrauen verfolgt. Sie sollte diese Gemeinschaften in ihrer Aufgabe unterstützen, das Ressentiment gegenüber dem politischen Engagement zu beseitigen.
12. Der RCDS schließt sich den Forderungen nach einem Ausbau der akademischen Lehrkörper an. Die Berufung beamteter Dozenten kann die Schwierigkeiten mildern, die aus dem Mißverhältnis der Zahl der Professoren und der Studenten folgen.
13. Der großzügige Ausbau von höheren Fachschulen ist ein weiteres Mittel zur Entlastung der Hochschule.

#### Zugang zur Hochschule

14. Die Entscheidung über den Zugang zur Hochschule sollte auch weiterhin bei der Schule liegen. Der RCDS lehnt daher eine besondere Hochschulzugangsprüfung ab.
15. Das Abitur muß seinen Wert behalten. Auf der anderen Seite muß begabten Menschen die Ge-

legenheit zum Hochschulstudium gegeben werden, die keine höhere Schule besucht haben. Die Möglichkeiten im Rahmen des sog. zweiten Bildungsweges sind zu erweitern und zu erleichtern.

16. Hochqualifizierte Absolventen von Fachschulen soll Gelegenheit zum Übergang zur Hochschule gegeben werden. Eine nur beschränkte Zulassung wird in Übereinstimmung mit dem Votum der Rektorenkonferenz abgelehnt, da hierdurch das Spezialistentum begünstigt und Bildungsmöglichkeiten eingeengt werden.

#### Studienförderung

17. Der RCDS begrüßt alle Bemühungen, zu einer hochschulgerechten Studienförderung zu gelangen. Er hat aus diesem Grunde dem Honnefer Modell seine Zustimmung gegeben und sich für seine Verwirklichung eingesetzt.
18. Bei der weiteren Verwirklichung des Modells ist jedoch dafür zu sorgen, daß die Studienförderung eine Breitenförderung ist. Auf einen Leistungsnachweis kann nicht verzichtet werden. Für die Förderungswürdigkeit sind die Leistungen eines guten Durchschnitts zugrunde zu legen. Überdurchschnittlichen Begabungen steht auch weiterhin die Studienstiftung des Deutschen Volkes zur Verfügung.
19. Der RCDS verlangt, daß auch weiterhin der subsidiäre Charakter staatlicher Hilfe gewährleistet bleibt. Wertvoller als direkte staatliche Hilfe ist, die Familie in die Lage zu versetzen, ihren Gliedern das Studium zu ermöglichen. Auch soll auf eine zumutbare Selbsthilfe des Studenten nicht verzichtet werden. Dabei überschreitet Werkarbeit in den mittleren und hohen Semestern in der Regel die Grenze des Zumutbaren. Durch Aufnahme von Darlehen zur Fortführung des Studiums darf die Gründung der beruflichen Existenz und der Familie nicht schwerwiegend beeinträchtigt werden.
20. Der RCDS tritt den mit einer zu breiten

Studienförderung drohenden versorgungsstaatlichen Tendenzen entgegen. Auch darf durch ein Förderungssystem nicht die Lehr- und Lernfreiheit eingeschränkt werden.

21. Die noch bestehenden Kategorialförderung (Lastenausgleich etc.) soll so bald wie möglich nach den gleichen Gesichtspunkten erfolgen wie die Förderung nach dem Honnefer Modell.
22. Alle indirekten Förderungsmaßnahmen wie Wohnheimbau, Mensabetriebe verdienen größte Unterstützung. Besondere Aufmerksamkeit ist in diesem Zusammenhang der Krankenversorgung und der Gesundheitsfürsorge zu widmen.
23. Einer so verstandenen Studienförderung kommt zugute, wenn der die Universität verlassende Jungakademiker möglichst schnell zu wirtschaftlicher Selbständigkeit kommt.